



AfD-Fraktion im Stadtrat Speyer

Speyer, den 28.10.2019

Stadtverwaltung Speyer
Herrn Ernst Müller
Maximilianstraße 100
67346 Speyer

Sehr geehrter Herr Müller,

die AfD-Fraktion beantragt für die nächste Sitzung des Stadtrates den Antrag zu thematisieren und schlussendlich über diesen zu befinden.

Der Speyerer Stadtrat möge beschließen den Stadtteil Speyer-Nord und dort insbesondere im Schwerpunkt die Straßenzüge um die ehemalige Kurpfalzkasernen bzw. links und rechtsseitig entlang der Spaldinger Straße, verstärkt in den Abendstunden durch die Ordnungsorgane zu bestreifen oder sonstige und in der Angelegenheit dienliche präventive Maßnahmen in Abstimmung mit der Polizei zu ergreifen. Die Maßnahmen sollen schnellstmöglich nach Beschlussfassung erfolgen und bis Ende Februar durchgeführt werden. Eine Evaluierung hat nach Ablauf durch die entsprechende Behörde zu erfolgen.

Begründung:

Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Die Stadt Speyer hat daher den Auftrag, die effektive Sicherheit ihrer Bürger durch die Ordnungsbehörden zu gewährleisten und dem grundrechtlich verbürgten Anspruch auf Schutz bei konkret drohenden Gefahren zu entsprechen. In Speyer-Nord droht den Bürgern offensichtlich zunehmend erhöhte Gefahr für ihre körperliche Unversehrtheit.

Am 30.10.2019 gegen 18.35 Uhr kam es nachweislich laut Polizeibericht in der Spaldinger Straße auf der Höhe der Skaterbahn zu einem Übergriff von drei Männern auf ein Ehepaar, das mit ihren Rädern auf dortigem Radweg in Richtung Birkenweg unterwegs war. Am 28.10.2019 ergaben sich Verletzungen in Form von Schmerzen an Torso und Händen, sowie eine beschädigte Jacke als

Bilanz eines Körperverletzungsdelikts in den frühen Morgenstunden des 26.10.2019. Die 38-jährige Geschädigte befand sich auf dem Weg zu ihrer Wohnung in Speyer-Nord, als sie von zwei männlichen Personen angegriffen wurde.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass sich Bürger aus diesem Stadtteil zunehmend an uns gewandt hatten und von zahlreichen nicht an die Öffentlichkeit gekommen Sachverhalten sprachen, die mit sogenannten Schutzsuchenden, die in der ehemaligen Kurpfalzkasernen untergebracht sind, in Verbindung stehen sollen. Des Weiteren befürchteten diese Bürger Ausgrenzung durch Äußerung der Sachverhalte, Beschädigungen am Eigentum bis hin zu Gefährdung von Familie durch Morddrohungen, wie bereits in Speyer vorgekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Haupt
Fraktionsvorsitzender und Pressesprecher